Deutscher Bundestag **Drucksache 17/14094**

17. Wahlperiode 25. 06. 2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Michael Groß, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/13191 –

Konsens für eine moderne Infrastruktur – Die Bundesverkehrswege solide finanzieren

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, jährlich zusätzlich 2 Mrd. Euro für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen; dem Erhalt Priorität vor Aus- und Neubau einzuräumen; ein Programm zur Sanierung der Bundesautobahnen vorzulegen; eine verbesserte Finanzausstattung für den Erhalt der Schienenwege vorzusehen; die Instandsetzung überalterter Schleusen mit hoher Netzbedeutung zügig anzugehen; beim Aus- und Neubau klare Prioritäten bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen, Seehafenhinterlandanbindungen und Knoten zu setzen; die Erschließung der Fläche nicht zu vernachlässigen; die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung umzugestalten; die Finanzierung von im Antrag näher bestimmten Infrastrukturgroßvorhaben einer besonderen Kontrolle des Parlaments zu unterwerfen; die infrastrukturellen Voraussetzungen für einen Deutschland-Takt auf der Schiene zu schaffen; Planungen auf den Weg zu bringen, um die Kapazität des Schienennetzes für den Güterverkehr bis 2030 zu verdoppeln und gleichzeitig mehr Kapazitäten für den Schienenpersonenverkehr zu schaffen; den Schutz vor Verkehrslärm deutlich zu verbessern; für die nachhaltige Unterhaltung der Wasserstraßen ein Konzept zu erarbeiten; die Voraussetzungen für die Ausweitung Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen sowie auf Landes- und Kommunalstraßen zu schaffen; einen verkehrsträgerübergreifenden Finanzierungskreislauf zu installieren; sich gegen die Einführung einer Pkw-Maut auszusprechen; sicherzustellen, dass sämtliche Einnahmen aus Trassen- und Stationserlösen der Deutschen Bahn AG wieder in die Infrastruktur zurückfließen; mit den Ländern einen Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur zu schließen; Vorschläge für einen Ausgleich für die 2019 entfallenden Entflechtungsmittel vorzulegen und die in dem Antrag auf Drucksache 17/9156 erhobenen Forderungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung und zur Planungsbeschleunigung umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/13191 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Reinhold Sendker**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Reinhold Sendker

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13191** in seiner 237. Sitzung am 25. April 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, jährlich zusätzlich zwei Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen; dem Erhalt Priorität vor Aus- und Neubau einzuräumen; ein Programm zur Sanierung der Bundesautobahnen vorzulegen; eine verbesserte Finanzausstattung für den Erhalt der Schienenwege vorzusehen; die Instandsetzung überalterter Schleusen mit hoher Netzbedeutung zügig anzugehen; beim Aus- und Neubau klare Prioritäten bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen, Seehafenhinterlandanbindungen und Knoten zu setzen; die Erschließung der Fläche nicht zu vernachlässigen; die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung umzugestalten; die Finanzierung von im Antrag näher bestimmten Infrastrukturgroßvorhaben einer besonderen Kontrolle des Parlaments zu unterwerfen; die infrastrukturellen Voraussetzungen für einen Deutschland-Takt auf der Schiene zu schaffen; Planungen auf den Weg zu bringen, um die Kapazität des Schienennetzes für den Güterverkehr bis 2030 zu verdoppeln und gleichzeitig mehr Kapazitäten für den Schienenpersonenverkehr zu schaffen; den Schutz vor Verkehrslärm deutlich zu verbessern; für die nachhaltige Unterhaltung der Wasserstraßen ein Konzept zu erarbeiten; die Voraussetzungen für die Ausweitung Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen sowie auf Landes- und Kommunalstraßen zu schaffen; einen verkehrsträgerübergreifenden Finanzierungskreislauf zu installieren; sich gegen die Einführung einer Pkw-Maut auszusprechen; sicherzustellen, dass sämtliche Einnahmen aus Trassen- und Stationserlösen der Deutschen Bahn AG wieder in die Infrastruktur zurückfließen; mit den Ländern einen Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur zu schließen; Vorschläge für einen Ausgleich für die 2019 entfallenden Entflechtungsmittel vorzulegen und die in dem Antrag auf Drucksache 17/9156 erhobenen Forderungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung und zur Planungsbeschleunigung umzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13191 in seiner 109. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf in seiner 107. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/13191 in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass die Koalition in den letzten beiden Jahren einen zusätzlichen Betrag von fast 2 Mrd. Euro für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zur Verfügung gestellt habe. Man werde sich auch weiterhin für eine Erhöhung der Mittel für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung einsetzen. Die Vorrangstellung des Erhalts der Verkehrsinfrastruktur vor Neubaumaßnahmen hätten die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP längst umgesetzt; im laufenden Haushalt würden bereits 70 Prozent der Mittel für den Erhalt eingesetzt. Auch die Sanierung veralteter Schleusen stehe bereits auf der Tagesordnung, benötige aber Zeit für die Umsetzung. Die Engpassbeseitigung stehe schon längst im Mittelpunkt der Investitionen. Zum Thema Deutschland-Takt auf der Schiene sei auch bereits eine gutachterliche Prüfung in Auftrag gegeben worden. Wenn die SPD-Fraktion eine Verdoppelung der Kapazität des Güterverkehrsnetzes fordere und sie gleichzeitig hohe Erhaltungsinvestitionen wolle, müsse sie auch erklären, wie sie dies alles finanzieren wolle. Insgesamt beinhalte der Antrag wenig Neues und das Neue darin sei auch nicht positiv zu bewerten.

Die **Fraktion der SPD** erwiderte, Erfolge der Koalition in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur seien weder für die vergangenen vier Jahre noch perspektivisch erkennbar. Die von der Koalition zusätzlich bereitgestellten Mittel würden den Erfordernissen bei weitem nicht gerecht. Die Kommission „Zukunft der Infrastrukturfinanzierung“ (Daehre-Kommission) habe hier einen zusätzlichen Finanzbedarf von 7 Mrd. Euro jährlich ermittelt. Der von der Koalition geschaffene Finanzierungskreislauf Straße helfe bei der Lösung der Probleme in den Bereichen Schiene und Wasserstraße nicht. Man werde die Zunahme des Güterverkehrs auch nicht le-

diglich über die Straße bewältigen können. Für eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene habe die Koalition aber keine Anstrengungen unternommen. Das angekündigte Konzept für die Bundesverkehrswegeplanung sei noch nicht fertig, obwohl die Anmeldung der Projekte durch die Länder bereits laufe.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU grundsätzlich an. Die Fraktion der SPD erneuere mit ihrem Antrag lediglich Forderungen, die bereits Gegenstand früher von ihr eingebrachter Anträge gewesen seien. Manches von dem, was der Antrag fordere, sei ohnehin Gemeingut in der Verkehrspolitik und viele der Forderungen seien bereits von den Koalitionsfraktionen umgesetzt worden. Einen Mehrwert des Antrags könne sie vor diesem Hintergrund nicht erkennen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekundete, sie sehe viele der in dem Antrag enthaltenen Forderungen sehr positiv. Viele Forderungen des Antrags habe sie bereits in der Vergangenheit konkreter in einem eigenen Antrag formuliert. Sie stellte fest, dass die Bundesverkehrswegeplanung, so wie sie derzeit ablaufe, zum Scheitern verurteilt sei. Die Ausweitung der Lkw-Maut sei erforderlich und ein Finanzierungskreislauf Straße dürfe nicht dazu führen, dass die Einnahmen bei der Straße gebunden seien. Vielmehr würden die Mauteinnahmen zu einem großen Teil für den Ausbau der Schiene benötigt. Man werde dem Antrag aber nicht zustimmen, da die dortige Forderung nach einer Aufstockung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur nicht mit der Frage verbunden werde, auf welche überflüssigen und teuren Projekte man verzichten könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag enthalte viele Forderungen, die sie unterstützen könne. Bevor man aber eine Aufstockung der Mittel für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in Höhe von 2 Mrd. Euro fordere, müsse man erst einmal die Ziele definieren, die Prioritäten festlegen, die Maßnahmen bestimmen und auf dieser Grundlage dann den Finanzbedarf ermitteln. Pauschale Forderungen nach höheren Finanzmitteln verhinderten die notwendige Priorisierung und beseitigten den Druck in Richtung auf einen effizienteren Umgang mit knappen Ressourcen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13191.

Berlin, den 20. Juni 2013

Reinhold Sendker
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333